

Ansbacher Str. 63, 10777 Berlin
kontakt@berliner-frauenbund.de
www.berliner-frauenbund.de

V.i.S.d.P: Mechthild Rawert,
Vorsitzende des Berliner Frauenbund 1945 e.V.

Berlin, den 19. Juli 2026

Newsletter des BFB 1945 e.V. – Juli 2026

Vorwort

- I. BFB 1945 e.V. als frauen*politische Akteurin
- II. Gemeinsame Aktionen mit unseren Verbündeten
- III. Frauenpolitisch relevante eigene Termine bzw. die Dritter
- IV. Verschiedenes aus dem frauen*- und gesellschaftspolitischem Umfeld

Liebe Frauen*, liebe FLINTA, liebe Feminist*innen und Mitstreiterinnen,

Erfolgreicher Feministischer Sommerkongress 2026 – „Zukunft feministisch gestalten“

Über 400 Menschen haben am Feministischen Sommerkongress am 4./5. Juli teilgenommen – ein ermutigendes Zeichen dafür, dass sich viele gemeinsam dem zunehmenden Antifeminismus entgegenstemmen wollen. Zu 11 Themenschwerpunkten wurde diskutiert, Wissen ausgetauscht und konkrete Feministische Forderungen an die Berliner Landespolitik formuliert. Ich bin sehr stolz auf unseren gemeinsamen partizipativen Gestaltungsansatz, in den sich sehr viele Frauen* und FLINTA ehrenamtlich eingebracht haben. Dafür ein großes Danke Schön! Erste Eindrücke vom Kongress sind [hier](#) zu finden. **Die gemeinsame Power ist also da – diesen Schatz gilt es nun zu hegen und weiter zu empower.**

Die Initiatorinnen und unsere Senatorin Cansel Kiziltepge haben sich im Anschluss wie folgt zur [Feministischen Agenda für Berlin](#) geäußert – hier nur in Kurzfassung:

- „Mit dem ersten Feministischen Sommerkongress ist es gelungen, die Expertise zahlreicher feministischer Initiativen und Fachfrauen zu bündeln und gemeinsame politische Prioritäten zu formulieren.“ **Dr. Christine Kurmeyer**, Landesfrauenrat Berlin e.V.
- „Der erste feministische Kongress, gemeinsam von mehr als 100 Frauen konzipiert und von 46 Kooperationspartner*innen getragen, hat mit über 400 Teilnehmer*innen den großen Bedarf an Vernetzung, Reflexion und gemeinsamer Lösungsentwicklung deutlich gemacht.“ **Sybill Schulz**,

Feministische Netzwerk für Gesundheit Berlin und die Überparteiliche Initiative Berlin – Stadt der Frauen (ÜPFI)

- „Der Feministische Sommerkongress 2026 hat gezeigt, dass es trotz Vielfaltigkeit in den feministischen Bewegungen möglich ist, über Generationen und einer unterschiedlichen Verankerung in den kulturellen viralen oder lokalen Lebenswelten hinweg möglich ist, lautstark als geeinte gesellschaftsverändernde politische Kraft aufzutreten.“ **Mechthild Rawert**, Berliner Frauenbund 1945 e.V.

Und als zuständige Senatorin ergänzt **Senatorin Cansel Kiziltepe**, **SenASGIVA**:

- „Auf dem Weg zu echter Gleichstellung braucht es Beharrlichkeit im Kleinen wie im Großen. Equal Care, geschlechtersensible Gesundheitsversorgung, Gewaltschutz, Digitalisierung, ökonomische und politische Teilhabe und Fraueninfrastrukturen – alle Themen bleiben hartnäckig relevant. Manche seit Jahren, andere seit Jahrzehnten.“

Was steht jetzt noch konkret an?

- Wir danken für den [Artikel „Gegen die Zersplitterung“](#) in der taz. Wer noch gute Möglichkeiten hat, **sich für eine noch breitere Öffentlichkeitsarbeit stark zu machen**, melde sich bitte bei mir.
- Als Initiatorinnen werden wir die erarbeiteten politischen [Feministischen Forderungen](#) noch an die relevanten politischen Kräfte in Berlin schicken. **Diese sind auch gerade in Wahlkampfzeiten relevant für jede Bürger*in im Kontext der Wahlentscheidung. Nur ein geschlechtergerechtes und chancengleiches Berlin ist ein demokratisches Berlin.**
- Die Kosten waren leider höher als unsere Mittelbewilligungen. **Daher würden wir uns riesig über weitere [Spenden für den femSK](#) freuen.**

In den Pausen des femSK wurde über vieles mit mir diskutiert, u.a.:

- **Ausbleiben der EU-Entgelttransparenzrichtlinie – daher die Petition: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit Jetzt**

Meinen Informationen nach hat das BMBFSFJ den Referentenentwurf ans Kanzleramt geleitet, wo die Vorprüfung nun schon einige Wochen dauert. So oder so: Wir brauchen die baldige nationale Umsetzung, um weitere aktive Schritte gegen den Gender Pay gap, etc. vorzunehmen. **Ich bitte um Unterzeichnung der [Petition](#).**

- **Dauerthema Vereinbarkeit von Familie & Beruf**

Hierzu gab es in den letzten Wochen einige Veranstaltungen des DGB:

Workshop 1: Gute Arbeit gestalten: warum Vereinbarkeit Fachkräfte sichert

Workshop 2: Weil Sorgearbeit zum Alltag gehört: Arbeitszeit gestalten

Workshop 3: Vom Sonderfall zum Maßstab: Vereinbarkeit für Alleinerziehende

Workshop 4: Vereinbarkeit konkret: Von der Idee in die Praxis

Für die nächsten Wochen stehen die Vorträge, Präsentationen für die betriebliche Praxis auf der [Website](#) zum kostenlosen Download bereit.

- **Einladung zur Beteiligung an der „Umfrage zur Frauen*(-Projekte)-Infrastruktur in Berlin“ unter bfb.bis-berlin.de bis Mitte August 2029**

Berlin ist stolz auf seine bunte Vielfalt an Frauenbewegungen, Frauenvereine, -initiativen und -projekte. Diese sind derzeit stark verunsichert, u.a. durch öffentliche Sparpolitik, Anti-Gendering, Wandel der Arbeitswelten, KI, **Über die Besonderheiten und die gesellschaftspolitische Wertschätzung der „Branche Frauen(projekte)infrastruktur“ wissen wir letztlich wenig.** Deshalb hat der Berliner Frauenbund 1945 e.V. mit Mitteln des Paritätischen Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e.V. das Berliner Institut für Sozialforschung (BIS) mit der Durchführung einer Online-Umfrage beauftragt, um erstmals aus der Mitte der Berliner Frauen*-Infrastruktur selbst eine verlässliche gemeinsame Datengrundlage für die fachliche, organisatorische und finanzielle Weiterentwicklung zu schaffen.

Neben den von der Abteilung Frauen und Gleichstellung, SenASGIVA geförderten Trägern und Projekten richtet sich die Umfrage an unabhängige feministische Initiativen, Netzaktivistinnen und weitere engagierte Personen in Berlin inklusive ehemalige Aktive. **Fühlst du dich, fühlen Sie sich diesen Adressant*innen zugehörig? Dann beteilige dich bitte an der Umfrage. Jede Stimme zählt!** Nur wenn viele Perspektiven zusammenkommen, können wir die Vielfalt, die Herausforderungen und die Bedeutung der Frauen*-Infrastruktur sichtbar machen – und damit ihre Zukunft sichern.

Die Präsentation der Umfrage-Ergebnisse erfolgt auf einer Veranstaltung am 9. September 2026. Weitere Informationen sind [ab Anfang August der Website](#) zu entnehmen

- **Eine Bitte: Wir haben Wahlkampf in Berlin – beteilige dich!**

Bitte spricht mit Parteien-Vertreter*innen und lest die Wahlprogramme mit einem feministischen Blick: Wir brauchen Parteien und Personen im Berliner Abgeordnetenhaus und in der Landesregierung, in den Bezirksverordnetenversammlungen und den Bezirksämtern, die sich dezidiert stark machen für die Durchsetzung von Frauenrechten und Gleichstellung.

Bitte spricht mit den Parteien-Vertreter*innen und lest die Wahlprogramme auch hinsichtlich der Herausforderungen Stärkung unserer Demokratie, Stärkung der Zivilgesellschaft, Reform des Zuwendungsrechtes, etc.. Angesichts von Antifeminismus und Anti-Gendering ist die Erhaltung und der Ausbau sowie damit zusammenhängende sichere Finanzierungen von Frauen- und Gleichstellungsstrukturen von enormer Bedeutung: **Wird das feministische, frauenbewegte zivilgesellschaftliche ehren- und hauptamtliche Engagement noch so gestärkt, dass wir die**

„Ownership“ über die feministischen Wertehaltungen in ausreichender Stärke behalten?

- Welche Rolle Engagement in den Wahlprogrammen der Parteien spielt und welche konkreten Maßnahmen sie dafür planen, erfahrt ihr in den [Wahlprüfsteinen des Landesnetzwerk Bürgerengagement Berlin e.V.](#)

• Gleichstellungstag 2026

Bald ist es soweit: Der 3. Gleichstellungstag 2026 der Bundesstiftung Gleichstellung findet am 6. Oktober 2026 unter dem Motto „zusammen:weiter – Zukunft braucht Gleichstellung“ im bcc Berlin Congress Center statt. Einen Vorgeschmack auf den Tag mit seinen zahlreichen Möglichkeiten bietet unsere [Website](#). Der Gleichstellungstag mit seinen Workshops, Paneldiskussionen, Austauschformaten einer von zahlreichen Vereinen, Verbänden und Initiativen getragenen Fachmesse ist der zentrale Ort für Dialog, Wissenschafts-Praxis-Transfer, Vernetzung und empowernden Austausch. Unser Ziel ist es, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und gemeinsam mit vielen Aktiven weiter voranzugehen, um Wandel und Zukunft geschlechtergerecht zu gestalten. Gerade in Zeiten frauenfeindlicher, antidemokratischer Strömungen weltweit und tiefgreifender Transformations- und Strukturwandelprozesse hierzulande braucht es verlässliche Gleichstellungsstrukturen, innovative Lösungen und Menschen, die zusammen mit anderen die richtigen Weichen für eine geschlechtergerechte Zukunft stellen.

• Reformen: Für Frauen steht vieles auf dem Spiel

Als MdB a.D. verfolge ich die Politik der Bundesregierung und Entscheidungen des Deutschen Bundestages nach wie vor intensiv. Während meiner gesamten parlamentarischen Zeit war Gleichstellungspolitik mein roter Faden. Mir sind die Zwänge, in denen Parlamentarier*innen aufgrund von Koalitionsbeschlüssen und vor allem auch von Sparhaushalten sehr bekannt. Und dennoch: Jedes politische Vorhaben ist im Hinblick auf seine Auswirkungen auf die Lebenssituation von Frauen* und FLINTA zu durchleuchten. Leider passiert dieses nicht im ausreichendem Maße, so dass die Gefahr besteht, dass vermeintlich geschlechtsneutrale Kürzungen gleichstellungspolitische Fortschritte weiter unter Druck geraten. Der Staat darf nicht auf Kosten der Frauen* sparen.

Es ist richtig, die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfähig machen zu wollen. Dabei ist entscheidend, ob sie soziale Sicherheit nachhaltig stärken und sowohl geschlechter- als auch generationengerecht ausgestaltet sind. Frauen sind aufgrund geringerer Einkommen, häufiger unterbrochener Erwerbsbiografien und der nach wie vor ungleichen Verteilung von Sorgearbeit überdurchschnittlich häufig auf soziale Sicherungssysteme angewiesen.

Die geplanten Kürzungen beim **Unterhaltsvorschuß für Alleinerziehende** nur noch bis zum 16. Lebensjahr des Kindes lehne ich ab. Alleinerziehende, darunter

85 Prozent Frauen, sind überdurchschnittlich von Armut bedroht. Ausgerechnet bei ihnen und der Unterstützung ihrer Kinder zu sparen, ist nicht hinnehmbar.

Zum geplanten Pflegeneuordnungsgesetz: Eine Streichung von Rentenpunkten für pflegende Angehörige ist ein fatales Signal. Häusliche Pflege ist bereits heute eine enorme gesellschaftliche Leistung, die überwiegend von Frauen erbracht wird. Wer diese Arbeit zusätzlich sozial schlechter absichert, verschärft die finanzielle Benachteiligung pflegender Angehöriger und nimmt wachsende Altersarmut sehenden Auges in Kauf.

Zum geplanten GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz: Es war ein großer Erfolg, auch im Bereich des Gesundheitswesens tarifrechtliche Regelungen zu vereinbaren. Dieses hat dazu geführt, dass u.a. die Tätigkeiten der Pflegefachkräfte flächendeckend spürbar besser finanziell angehoben worden sind. Die Refinanzierung tariflicher Entgelte dauerhaft einschränken zu wollen, wird den Fachkräftemangel steigern. Zudem sind die meisten der hier Beschäftigten Frauen – sie geraten damit in finanzielle Abwärtsspiralen, die je nach privater Lebenssituation unterschiedlich groß sind: pflegende Angehörige, Alleinerziehende, etc.. Entscheidungen zum Aussetzen einer vollständigen Refinanzierung von Tarifverträgen, diskreditiert politische gewollte Tarifbindungen und damit Tarifpolitik als Ganzes

- **Wir wollen ein inklusives Berlin für Alle**

Der Senat hat am 14. Juli auf Vorlage der Senatorin für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung, Cansel Kiziltepe, den Berliner Teilhabebericht 2026 beschlossen. Der [Berliner Teilhabebericht](#) beschreibt die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen in Berlin und bildet eine wichtige Grundlage für die weitere Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und des Landesgleichberechtigungsgesetzes. Aus dem Vorwort der Senatorin: „**Die Befunde sind deutlich. In allen untersuchten Lebensbereichen bestehen Teilhabeunterschiede zwischen Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen, viele Befragte berichten von Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen.** Dahinter stehen keine individuellen Defizite, sondern **bauliche, kommunikative und institutionelle Barrieren.** Auch dass sich Menschen mit Beeinträchtigungen häufiger einsam fühlen, ist Ausdruck von Ausschluss. Benachteiligungen können sich zudem überlagern. Frauen mit Beeinträchtigungen sind im Erwerbsleben besonders benachteiligt. **Diese Befunde sind für den Senat Auftrag zum Handeln.**“

- **Zentrale Ansprechstelle Zuwendungen (ZAZ)**

Ich freue mich über das neue Informationsangebot [Zentrale Ansprechstelle Zuwendungen \(ZAZ\)](#). Die Seite bietet u. a. grundlegende Informationen, Orientierung zu Zuständigkeiten und zentrale Anlaufstellen. Ziel ist es, aktuelle Infos über Zuwendungen einfach und transparent zu machen und die einheitliche Auslegung der Neuerungen im Sinne des Landesgesetzgebers zu verstehen.

Besonders interessant ist das neue [FAQ](#) mit Auslegung der ZAZ zu einzelnen Regelungen der LHO und/oder ANBest-P. Dies kann grundsätzlich zu mehr Vereinheitlichung bei der Anwendung des Zuwendungsrechts in Berlin führen. Beispielsweise können Sie als Zuwendungsempfänger bei einer abweichenden Interpretation durch Ihre bewilligende Stelle auf die Auslegung der ZAZ hinweisen (unter Angabe der Website).

- **Welche Entscheidungen beeinflussen deine finanzielle Absicherung?**

Selbstbestimmt leben, eigene Entscheidungen treffen und finanziell auf eigenen Füßen stehen – das ist gar nicht so einfach. Wie wirken sich Entscheidungen wie Teilzeit, Jobwechsel oder Elternzeit langfristig auf Einkommen und Rente aus? Die neue [Lebenskarte](#) und der neue [Lohn-O-Mat](#) des BMBFSFJ unterstützen dabei, finanzielle Auswirkungen verschiedener Lebens- und Erwerbsentscheidungen besser einzuschätzen.

- **Förderaufrufe für Projekte im Rahmen von „Demokratie leben!“ ab 2027**

Der Stop der Förderungen im laufenden Bundesprogramm „Demokratie leben!“ wurde und wird stark kritisiert. Veröffentlicht sind nun die Förderaufrufe für neue Programmebenen und Sondervorhaben. Interessierte Organisationen können auf dieser Grundlage ihre Projektideen entwickeln und ab August im Förderportal einreichen. Weitere [Informationen](#)

- **ESF Plus Projekt Branchendialog**

Im Rahmen dieses Projektes finden u.a. [Veranstaltungen](#) statt, die sich auf Aspekte eines sogenannten Tripartiten Prozess zwischen Verwaltung, Trägern und Politik beziehen.

Mit feministischen Grüßen
Mechthild Rawert

I. BFB 1945 e.V. als frauen*politische Akteurin

1. BFB-lerinnen auf dem Feministischen Sommerkongress

Ich danke den vielen Mitfrauen des BFB 1945 e.V., die als Organisatorinnen, Koordinatorinnen, Referentinnen, Moderatorinnen, Volunteers oder als Besucherinnen am femSK teilgenommen haben. Eine erste Umfrage unter uns ergab: Sie sind „begeistert von der Vielseitigkeit und Sichtbarkeit unserer Themen vor Ort“ und der hohen Anzahl unterschiedlicher Frauen*, die sich für ein gutes Zusammenleben im Sinne des Gemeinwohls engagieren.

- **Für eine feministische Gesellschaftsordnung konnte gezeigt werden:**
 - eine gelungene Anknüpfung an die Erste Sommeruni 1976
 - die hohe Bedeutung intersektionaler und interdisziplinärer Arbeit trotz häufig fehlender Ressourcen für feministisch geprägter Bündnisarbeit. Gerade diese Bündnisse können unsere Themen an relevante Schlüsselpersonen bringen, selbst wenn diese sich selbst nicht als feministisch ansehen, sich aber für eine gerechte Gesellschaft einsetzen und dafür hauptamtlich arbeiten.
 - gut formulierte Forderungen/Ausführungen unserer grminidischen Arbeit auch viele Menschen gut abholen.
 - sollte es häufiger Begegnungen für unser Ziel der gerechten und feministischen Gesellschaft.
 - Erschreckend für unsere Demokratie ist, dass es nur knapp 13% Bürgermeisterinnen* in Deutschland gibt, was die Forderung nach Parität stark unterstreicht
 - geschlechtergerechte Gesundheit ist mehr als kostenintensive medizinische Versorgung, ist auch Stressreduktion durch z.B. angemessene Kinderbetreuung, Wohnraum, überschattete Wege, entspannende Wälder etc.
 - obgleich einige der Forderungen und Ziele schon sehr alt seien, bleibt deren hartnäckige und ausdauernde Verfolgung heute noch aktuell
 - daueraufgabe Feminismus - Dokument der Forderungen aller Schwerpunktbereiche
- **Konnten konkrete "Vorklärunen, Absprachen" für zukünftig Gemeinsames getroffen werden?**
 - Wir konnten uns mit unserem "Wohnungslosigkeit bei Alleinerziehenden" mit Menschen aus dem Feld der Familienpolitik verabreden.
 - Es konnten Grundlagen neuer Kooperationen geschaffen werden.
- **Was sollen wir für den BFB 1945 e.V. daraus lernen?**
 - Meistens sind Mütter nicht mobil. Es braucht mehr Online- bzw. hybride Veranstaltungen, damit eine Vereinbarkeit mit der Sorgearbeit gelingt.
 - Zu häufig wird Feminismus sofort mit dem Kampf gegen Femizide, Vergewaltigung, weitere Gewaltformen verbunden.
 - Es brauche mehr feministische Konzepte und Einsatz u.a. für Solomutterschaft bzw. Soloelternschaft und angemessene Sorgeinfrastrukturen, für alternative Familienformen sowie das Zusammenleben und Sorgearbeit-leisten z.B. in Hausprojekten lobbyieren.
 - Es braucht mehr politischen Lobbying für z.B. geschlechtersensible Berufsberatung, Quereinstieg, Fortbildungen etc. Oder für Mädchenarbeit, Arbeit mit queere Jugendliche, oder feministische Arbeit mit Jungs.
 - Per Social Media oder Podcast sollten mehr positive Geschichten erzählt werden, die aufzeigen, was Frauen* alles erreicht haben

2. Jubiläumssymposium „100 Jahre starke Frauen gestalten die Zukunft“.

Am 26./27. Juni 2026 feierte der Deutsche Akademikerinnenbund e.V. (DAB) sein 100-jähriges Bestehen im Harnack-Haus der Max-Planck-Gesellschaft. Gegründet am 11. Mai 1926, gehört der DAB zu den ältesten akademischen Frauenorganisationen in Deutschland. Eine der Gründerinnen und erste Vorsitzende war Agnes von Zahn-Harnack, spätere Gründerin des Berliner Frauenbund 1945 e.V.. – weshalb wir auch am Jubiläumssymposium teilgenommen haben. Der DAB entstand 1926, als Frauen der Zugang zu akademischen Karrieren noch weitgehend verwehrt war, aus der Überzeugung heraus, dass wissenschaftliche Exzellenz, demokratische Teilhabe und gesellschaftlicher Fortschritt ohne die Perspektiven von Frauen nicht möglich sind. Seit einem Jahrhundert setzt sich der Verband für die Förderung von Frauen in Wissenschaft, Wirtschaft, Medizin, Technik, Kultur, Politik und Gesellschaft ein.

Bereits früh haben die Gründerinnen des Deutschen Akademikerinnenbundes erkannt, wie wichtig es für Frauen ist, sich zu vernetzen. Das ist auch heute noch hochaktuell. In einer Zeit, in der antifeministische Narrative, rechtspopulistische Strömungen und rückwärtsgewandte Rollenbilder wieder an Einfluss gewinnen, bleibt die Förderung von Frauen in Wissenschaft und akademischen Berufen eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe. Noch immer bestehen erhebliche Unterschiede bei Einkommen, Renten, Führungspositionen und der Repräsentation von Frauen – insbesondere in technischen und naturwissenschaftlichen Disziplinen. Während des Symposiums wurde den vielen starken Frauen, die für die Freiheit und Gleichstellung gekämpft haben, gedankt. Es fand auch ein Austausch über die zukünftige Ausrichtung des Verbandes statt, damit auch weiterhin Synergien für unsere Demokratie eingebracht werden können.

II. Gemeinsame Aktionen mit unseren Verbündeten

Der Berliner Frauenbund 1945 e.V. ist dauerhaft Mitglied verschiedener Bündnisse, Netzwerke und Verbände. Diese sind unerlässlich, um Forderungen solidarisch und mit größerem politischem Druck zu transportieren. Desweiteren werden vorübergehende Zusammenschlüsse mit Partner*innen eingegangen, um als starke Lobby-Gruppe zu agieren.

1. CEDAW-Allianz Deutschland

In der [CEDAW-Allianz Deutschland](#) engagieren sich über 30 zivilgesellschaftliche Organisationen für die Umsetzung der UN-Frauenrechtskonvention CEDAW in Deutschland, deren Ziel die Durchsetzung von Frauenrechten in allen Lebensbereichen und die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung ist.

Wir freuen uns, dass der CEDAW-Ausschuss unsere Einschätzung zu den Themen politische Teilhabe und Gesundheitsversorgung von Frauen ohne Aufenthaltsstatus teilt und einige der Informationen, die wir in [unserer Stellungnahme](#) bereitgestellt haben, in seinem sogenannten [Assessment Letter zum Zwischenbericht der Bundesregierung](#) aufgegriffen hat. Ein großer Erfolg der AG Institutionelle Mechanismen und AG Intersektionalität, die die Stellungnahme verfasst haben.

2. Initiative #ParitätJetzt

Diese Initiative ist ein solidarischer Zusammenschluss von Menschen aus mehr als 80 Verbänden, Organisationen und Netzwerken und fordert Regeln im Wahlrecht, die eine gleichberechtigte politische Teilhabe aller Geschlechter sicherstellen.

Der Aktionstag am 24. Juni 2026 war ein fulminanter Erfolg: es gab bundesweit viele Aktionen, so auch in Berlin vor dem Reichstagsgebäude. Der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Josephine Ortleb wurden die ersten 3000 Unterschriften unter die Petition unsere Forderung „Keine halbe Demokratie: 50% Frauen im Bundestag! #ParitätJetzt!“ überreicht. Anlässlich unseres Aktionstages gab es auch zwei Aktivitäten im Parlament:

- Carmen Wegge, MdB, überreichte der Initiative #ParitätJetzt die gemeinsame Erklärung [„Demokratie braucht Parität“](#) von 80 Abgeordneten der SPD-Fraktion überreicht.
- Die Fraktion der Linken debattierte über ihren Antrag [„Demokratie stärken - Chancengerechtigkeit durch Geschlechterparität“](#).

Auch die zentrale Fachveranstaltung mit und in der Bundesstiftung Gleichstellung am Nachmittag war ein voller Erfolg. Berichte hierzu können [hier](#) nachgelesen werden.

Die Petition [„Keine halbe Demokratie: 50% Frauen im Bundestag! #ParitätJetzt!“](#) braucht weitere Unterstützung! **Bitte unterzeichnet und sorgt für ihre Verbreitung!** Denn auch diese Bundesregierung hat ihre Hausaufgaben bisher nicht gemacht: Dabei hat sie den expliziten Auftrag, und bereits die Reformkommission des Bundestages hat konkrete Vorschläge diskutiert. Erfolgt jetzt eine Wahlrechtsänderung ohne Parität, droht der ohnehin schon viel zu niedrige Frauenanteil von 32,4 % angesichts erstarkenden Rechtspopulismus noch weiter zu sinken. Das wäre fatal - für Frauen, Gleichberechtigung und für unsere Demokratie! Für uns bedeutet dies: Keine Reform ohne Parität!

3. Paritätische Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e.V.

• Neues Positionspapier zu den Verwaltungsgemeinkosten

Der Paritätische Berlin hat ein aktualisiertes Positionspapier zur Anerkennung von Verwaltungsgemeinkosten (Regie- und Overheadkosten) in Berliner

Zuwendungsprojekten veröffentlicht: [Verwaltungsgemeinkostenpauschale: Verwaltungsgemeinkostenpauschale: für Entbürokratisierung und mehr Wirkung | Parität Berlin](#)

Der Paritätär Berlin fordert, dass Verwaltungsgemeinkosten keine „Zusatzkosten“ sind, sondern z. B. Aufwände für Personalverwaltung, Buchhaltung, IT, Datenschutz, Miete/Facility, Controlling und Qualitätsmanagement sind – und damit Voraussetzung für eine rechtssichere und wirksame Projektumsetzung.

Der Paritätische Berlin fordert eine berlinweite Verwaltungsgemeinkostenpauschale von 12 % der Gesamtkosten sowie mehr Standardisierung, Pauschalen und stichprobenbasierte Prüfungen, um die Planbarkeit zu erhöhen und den Nachweis- und Prüfaufwand zu reduzieren.

- **Handreichung Besserstellungsverbot des Paritätischen Gesamtverbands**

Der Paritätische Gesamtverband hat die Handreichung „[Das Besserstellungsverbot im Zuwendungsrecht](#)“ veröffentlicht. Die Handreichung aktualisiert die bisherige Darstellung unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtslage. Als wichtiger Grundsatz im Zuwendungsrecht kommt dem Besserstellungsverbot erhebliche Bedeutung zu; zugleich bestehen hinsichtlich seiner Auslegung und Anwendung weiterhin zahlreiche Unklarheiten.

Ziel der Handreichung ist es, die maßgeblichen rechtlichen Grundlagen, die Voraussetzungen sowie die praktischen Auswirkungen des Besserstellungsverbots darzustellen. Aktuelle Fragestellungen, Anwendungsprobleme sowie daraus resultierende arbeitsrechtliche Konsequenzen werden näher beleuchtet. Die Darstellung orientiert sich vorrangig an den bundesrechtlichen Vorgaben und bezieht daneben ausgewählte landesrechtliche Regelungen vergleichend mit ein.

Kurzinfo dazu: [Das Besserstellungsverbot im Zuwendungsrecht \(Abstract\)](#)

- **Verbandsmagazin 02/2026 des Paritätischen Gesamtverbands zum Thema Bürokratisierung erschienen**

Der Paritätische Gesamtverband widmet sich in der [Ausgabe 02/2026 seines Verbandsmagazins](#) dem Thema Bürokratisierung. Als Paritätischer Berlin zeigen wir, wie wir uns seit Jahren für eine vereinfachte Zuwendungspraxis einsetzen – [und die Berliner Reformvorhaben begleiten und weiter vorantreiben](#)

4. Bündnis für geschlechtergerechte Arbeitsbewertung

Bereits seit der Gründung ist der Berliner Frauenbund 1945 e.V. Mitglied des Bündnis für geschlechtergerechte Arbeitsbewertung. Unser Ziel: Wir wollen gemeinsam eine politische Veränderung erzielen, um gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit zu erreichen. Es muss Schluss sein, dass die Leistung von Frauen in vielen Bereichen stark abgewertet wird. Das Bündnis ist offen für die Personen und Institutionen, die eine geschlechtergerechte Arbeitsbewertung voranbringen möchten. Jede*r kann sich auf der [Website](#) informieren,

Auch wir haben in unserem letzten Treffen über die EU-Entgelttransparenz-Richtlinie diskutiert. Die nationale Umsetzung ist dringendst geboten, da das augenblickliche Entgelttransparenzgesetz zwar am unbereinigten Gender Pay Gap etwas ändern konnte, nicht aber a, bereinigten Gender Pay Gap von 6 Prozent, in dem wir die bewusste oder unbewusste Entgeltdiskriminierung vermuten.

Es ist wichtig, die Chancen einer Entgelttransparenz für nachhaltige Unternehmensstrukturen und deren Image zu erkennen, z.B. beim Recruiting, der Förderung von Frauen in Führungspositionen oder zur Herstellung von Diversität in der Personalwirtschaft. Es liegt im unternehmerischen Interesse, den wachsenden Anspruch von Mitarbeitenden oder Bewerber*innen nach transparenten Löhnen auch wahrzunehmen.

Der [Abschlussbericht der Kommission "Bürokratiearme Umsetzung der Entgelttransparenzrichtlinie"](#) liegt Bundesministerin Karin Prien, BMBFSFJ, seit dem 07.11.2025 vor.

Deutschland ist nicht das einzige Land in Europa, welches den Zeitpunkt des nationalen In-Kraft-Tretens mit den damit verbundenen Berichtspflichten verschiebt. Das bedeutet einen enormen Vertrauensverlust in die Gleichstellungspolitik und die damit verbundene Hoffnung/Forderung auf Gerechtigkeit bei der Bewertung gleichwertiger Arbeit – zumal es mittlerweile entsprechende Bewertungs-Tools bzw. vom DGB auch einen [Handlungsleitfaden für Personalräte in den Ländern](#) gibt.

Für Zuwendungsempfangende – z.B. für die Frauen-Infrastruktur – ist von Interesse, dass die Anforderungen der Richtlinie, wie z. B. die Angabe der Gehaltsspanne, Transparenz der Entgeltbedingungen etc., unabhängig davon gelten, ob beide Geschlechter beschäftigt sind oder nicht.

III. Frauenpolitisch relevante eigene Termine bzw. die Dritter

Datum / Ort	Thema	Häufig ist eine Anmeldung notwendig / Link
28. Juli statt von 9 bis 11 Uhr in einem Raum des Jobcenters Spandau	„Teamwork für Gesundheit und Arbeit – Spandau“ Ziel des Projekts ist es, Mütter im Bürgergeldbezug – insbesondere mit Migrationshintergrund – mit Kindern bis zu sieben Jahren zu gesundheitsrelevanten Themen zu informieren. Ein weiteres Ziel ist die Anbindung der Zielgruppe an weiterführende Stabilisierungs- und Vernetzungsstrukturen, auch im Hinblick auf eine berufliche Perspektive.	Fragen an tw@giz.berlin
Mittwoch, den 19.8.2026, 18.00	Lust auf einen gemeinsamen Sommerabend? Wir wollen den Sommer nicht ohne unsere	Bitte anmelden unter

Uhr NAUMANN'S Biergarten, Wilhelm-Kabus- Straße 70/Haus 10, 10829 Berlin (9 Min. Fußweg vom Bhf Südkreuz, https://www.naumanns.berlin/biergarten)	Begegnungen verstreichen lassen. Daher laden wir Frauen* und FLINTA zu einem entspannten Treffen ein. Wir hoffen natürlich auf einen lauen Sommerabend, bei schlechtem Wetter sind wir aber auch unter einem großen Stretchzelt geschützt. Bitte gebt uns doch Bescheid, ob ihr Zeit und Lust habt, damit wir eine entsprechende Tisch-Reservierung vornehmen können.	www.berliner-frauenbund.de Rubrik Veranstaltungen
20. August 2026 10:00–15:00 Uhr Berlin Global Village Am Sudhaus 2, 12053 Berlin	Tradwives & Manfluencer: Antifeministischen Trends begegnen Was will Feminismus wirklich – und wie wird er in antifeministischen Narrativen verzerrt? In diesem Workshop analysieren wir antifeministische und queerfeindliche Inhalte auf Social Media, von „Tradwife“-Influencerinnen bis hin zu „Manfluencern“. Um die Gegenwart besser zu verstehen, werfen wir außerdem einen Blick in die Vergangenheit: Gemeinsam beschäftigen wir uns mit feministischen Errungenschaften und setzen sie in Beziehung zu heutigen antifeministischen Gegenbewegungen. Du lernst: - antifeministische und queerfeindliche Inhalte auf Social Media zu erkennen und zu analysieren - die Strategien und Botschaften von „Tradwife“-Influencerinnen und „Manfluencern“ zu verstehen - gesellschaftliche Auswirkungen antifeministischer Narrative einzuordnen - zentrale feministische Errungenschaften kennenzulernen und historisch einzuordnen - aktuelle antifeministische Gegenbewegungen in diesen Kontext einzuordnen	Mehr Infos und Anmeldung https://lernort.inbe.berlin/20260820/
1.-30.9.2026	Berliner Demokratietag 2026 Anlässlich des Internationalen Tages der Demokratie am 15. September 2026 richtet die Stiftung Zukunft Berlin den Berliner Demokratietag aus. Begleitend dazu findet vom 1. bis 30. September 2026 der »Monat der Demokratie« in ganz Berlin statt. Das Motto lautet: »Demokratie erleben – Berlin gestalten«. Ziel ist es, Räume für Austausch, Teilhabe und demokratische Beteiligung zu schaffen. Organisationen, Vereine, Initiativen, Schulen, Kulturakteure, Unternehmen sowie Einzelpersonen sind eingeladen, eigene Veranstaltungen einzureichen. Mögliche Formate sind Diskussionen, Workshops, Ausstellungen, Lesungen sowie Mitmach- und Begegnungsangebote. Die Einreichfrist endet am 15. August 2026, die Beiträge werden geprüft und in einen stadtweiten Veranstaltungskalender aufgenommen. Am 13. September 2026 findet das zentrale Mitmachfest unter dem Motto »Eine Stadt,	Weitere Infos https://demokratieta.g.berlin/monat-der-demokratie/veranstalter-infos/

	viele Stimmen« vor der Amerika-Gedenkbibliothek am Blücherplatz in Berlin-Kreuzberg statt. Dort präsentieren zivilgesellschaftliche Akteur*innen ihre Arbeit und bieten interaktive Formate an. Für das Mitmachfest können Stände bis zum 15. Juni 2026 angemeldet werden.	
01.09.2026 13:00 - ca. 16:00 Uhr Online Veranstalter*in Bundesstiftung Gleichstellung	Gleichstellung weiterdenken: Wie wir Geschlechtervielfalt wirksam in den Arbeitsalltag als Gleichstellungsbeauftragte integrieren können Wie kann Geschlechtervielfalt in der institutionellen Gleichstellungspolitik verankert werden? Die rechtliche Anerkennung von geschlechtlicher Vielfalt durch die Einführung der sog. „dritten Option“ ist ein wichtiger Meilenstein, erfordert im Arbeitsalltag jedoch praktische Lösungen. Viele Gleichstellungsbeauftragte in Kommunen, Hochschulen und Unternehmen beschäftigen sich mit der Frage, wie Gleichstellungspolitik inklusiv gestaltet und Geschlechtervielfalt in ihrer Arbeit gestärkt werden kann. digitaler Praxis-Workshop zur Handreichung „Geschlechtervielfalt anerkennen, Gleichstellung gestalten“ (Autorin: Friederike Boll).	Mehr Infos und Anmeldung https://www.bundesstiftung-gleichstellung.de/offenes-haus-kalender/gleichstellung-weiterdenken-wie-wir-geschlechtervielfalt-wirksam-in-den-arbeitsalltag-als-gleichstellungsbeauftragte-integrieren-koennen/
02.09.2026 Zur Abendveranstaltung ab 17.00 Uhr laden wir ein in die Berlin Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Jägerstraße 22-23, 10117	SAVE THE DATE Der Runde Tisch Berlin - Gesundheitsversorgung bei häuslicher und sexualisierter Gewalt lädt zum 6. Aktionstag am 02.09.2026 ein. Im Mittelpunkt wird die Frage stehen, welche Bedeutung Digitale Gewalt in der Versorgung hat und wie sie in die Ersthilfe integriert werden kann. Zur Abendveranstaltung laden wir ein in die Berlin Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Jägerstraße 22-23, 10117 Berlin-Mitte. Senatorin Dr. Ina Czyborra wird den Abend um 17.00 Uhr eröffnen. Zum Vortrag begrüßen wir Cordelia Moore, Traumafachberaterin und Expertin für digitale geschlechtsspezifische Gewalt.	Anmeldung zur Abendveranstaltung unter: RunderTisch@signal-intervention.de
03. September 2026, 09:30 Uhr – 15:30 Uhr Rathaus Spandau Bürger(*innen)saal, 2. Stock Carl-Schurz-Straße 2/6, 13578 Berlin	Frauenrechte in der Wohnungskrise? Zwischen Wohnungsverlust, Gewalt und Obdachlosigkeit Wohnungsverlust und Wohnungslosigkeit von Frauen entstehen häufig im Zusammenspiel von steigenden Mieten, prekären Einkommen, Trennung, Gewalt und fehlenden Schutz- und Unterstützungsangeboten. Besonders betroffen sind Frauen mit Gewalterfahrungen, Alleinerziehende, Frauen mit Fluchtgeschichte sowie Frauen mit psychischen Belastungen oder Suchterkrankungen. Der Fachtag nimmt diese Zusammenhänge in den Blick und diskutiert, wie Zwangsräumungen	Zur Anmeldung: https://www.berlin.de/politische-bildung/veranstaltungen/veranstaltungen-der-berliner-landeszentrale/online-anmelden/formular.680951.php?veranstaltung=frauenrechte-

	verhindert, Schutzlücken geschlossen und Wohnraum für Frauen in Berlin langfristig gesichert werden können. Fachimpulse von Prof. Dr. Seek und Dr. Andrej Holm beleuchten aktuelle Entwicklungen auf dem Berliner Wohnungsmarkt, strukturelle Ursachen von Wohnungslosigkeit sowie geschlechtsspezifische Risiken des Wohnungsverlustes. In praxisorientierten Workshops werden konkrete Herausforderungen und Unterstützungsansätze aus den Bereichen Gewaltschutz, Suchthilfe, Wohnungsnotfallhilfe und soziale Sicherung diskutiert. Ein Panel mit Berliner Abgeordneten thematisiert politische Handlungsmöglichkeiten zur Prävention von Wohnungslosigkeit, zur Sicherung bezahlbaren Wohnraums und zum Ausbau bedarfsgerechter Hilfs- und Schutzstrukturen für Frauen. Die Veranstaltung richtet sich an Fachkräfte und Multiplikator*innen aus Sozialer Arbeit, Wohnungsnotfallhilfe, Gleichstellung, Jugendhilfe und Gesundheit sowie an engagierte Akteurinnen aus Politik und Zivilgesellschaft.	in-der-wohnungskrise_03.09.2026
04. September 2026, 9-16 Uhr Hotel Rossi Lehrter Straße 66 10557 Berlin	Fachtag Gute Arbeit - Beschäftigung, Bildung und Beratung Fortführung der Diskussion um einen allgemeinverbindlichen, refinanzierbaren und geschlechtergerechten Tarifvertrag und gute Arbeitsbedingungen für alle. Wir wollen Geschäftsführende, Mitarbeitende und Veränderer*innen aktiv in den Dialog über Arbeits- und Rahmenbedingungen in der Branche einbinden. Als Diskussionsgrundlage für den Austausch mit Verwaltung und Politik führen wir eine Branchenumfrage https://branchendialog.limesurvey.net/435126?lang=de über Rahmenbedingungen, Belastung und Bedarfe der Berliner Träger durch, für die wir Sie um Ihre Beteiligung bitten.	Programm und Anmeldung https://agv4b.de/branchendialog/branchendialog-fachtag/
Sa, 5.9.26. 10.30 – 12.30 Uhr	Ausflug: „Zeitgeschichte, die berührt: Witness Walks – eine antikoloniale Stadtführung“ Die Stimmen der letzten Zeitzeug*innen werden weniger – auch die Erinnerungen an den europäischen Kolonialismus in Afrika drohen zu verstummen. Der KDFB lädt ein zu einer besonderen Begegnung mit Mnyaka Sururu Mboro, Lehrer und Aktivist aus Tansania, der die britische Kolonialherrschaft über Tanganjika noch selbst erlebt hat. Er berichtet und zugleich von der deutschen Kolonialzeit, die seine eigene Familiengeschichte deutlich geprägt hat. Bei einem Rundgang durch das Afrikanische Viertel (Wedding) macht er koloniale Spuren sichtbar –	Mehr Infos und Anmeldung unter www.kdfb-berlin.de oder per Email an info@kdfb-berlin.de

	eindringlich, persönlich und bewegend.	
09.09.2026 Bundesstiftung Gleichstellung	Save the Date Konsequenzen des Wechsels von Förderlogiken für die Berliner Frauen(projekte)infrastruktur Veranstalterin u.a. Berliner Frauenbund 1945 e.V.	
11. September 2026 in Berlin Nicht kostenfrei	Save the date: Unternehmenstag „Erfolgsfaktor Familie“ Im Mittelpunkt stehen – neben der Vorstellung von aktuellen Studienergebnissen – kleine und mittlere Unternehmen und ihre Erfolgsgeschichten rund um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie – und wie sie davon profitieren.	Mehr Infos und Anmeldung https://fundraisingta.ge.de/event/frt-bb-2026/
11.9.2026	18. Fundraisingtag Berlin-Brandenburg Menschen bündeln ihre Ressourcen, um gemeinsam für eine Zukunft zu spenden, in der sie leben möchten. Das ist die Kernidee von Giving Circles weltweit. Unser Workshop gibt aus der Praxisperspektive einen kompakten Überblick über alle Tools und ToDos, die es braucht, um einen erfolgreichen Giving Circle zu starten. Er richtet sich an alle, die selbst einen Giving Circle gründen oder das Format für ihre Organisation nutzbar machen möchten.	Mehr Infos https://fundraisingta.ge.de/event/frt-bb-2026/ kostenpflichtig
17.9.2026, 18.30 - 22 Uhr 18.9.2026, 9.00 – 19.00 Uhr	Feminist Imgenaries Festival Mit einer Vielzahl unterschiedlicher Formate eröffnet das Festival Einblicke in feministische Perspektiven und Erfahrungen aus aller Welt. Dabei geht es unter anderem darum, wie trans* Aktivist*innen in Lateinamerika den Feminismus auf kreative Weise inklusiver gestalten, wie Feminist*innen in Südafrika Gemeinschaftsküchen nutzen, um multiple Krisen zu bewältigen, oder wie Männlichkeit in Südostasien neu gedacht wird.	Sprache ist Englisch Mehr Infos: https://calendar.boel.l.de/de/event/feminist-imaginaries-festival
19.9.2026 Spreeufer in Berlin, Nähe Hauptbahnhof (genauer Ort wird noch bekannt gegeben)	Aufruf zum Aktionstag für sexuelle Selbstbestimmung am 19.09.26 in Berlin und Auftakt für die bundesweite Aktionswoche im Rahmen des Internationalen Safe Abortion Day Am 19. September organisiert ein breites Bündnis von Organisationen und Einzelaktivist*innen eine Demonstration zum Aktionstag für sexuelle Selbstbestimmung in Berlin. Wir gehen für das Recht auf Selbstbestimmung über unseren Körper und unser Leben auf die Straße. Wir fordern weiterhin die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen als Teil der Gesundheitsversorgung und die Sicherstellung des kostenlosen und wohnortnahen Zugangs für alle. Darüber hinaus fordern wir die Anerkennung und Gleichstellung aller geschlechtlichen Identitäten und Formen des Zusammenlebens.	Route und Programm auf unserer Webseite https://www.sexuelle-selbstbestimmung.de

	Der Aktionstag richtet sich gegen den sogenannten „Marsch für das Leben“, der am selben Tag in Berlin und Köln stattfindet. Hier wird von Fundamentalist*innen und Rechtspopulist*innen das totale Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen gefordert und die Vielfalt von Lebensentwürfen, sexuellen Orientierungen und geschlechtlichen Identitäten wird abgelehnt. Die Organisator*innen dieser Märsche sind international vernetzt und üben wie in den USA zunehmend auch in Deutschland und in ganz Europa Druck auf die Parlamente aus, rückschrittliche und repressive Gesetze zu erlassen. Wir halten dagegen! Lasst uns gemeinsam – intersektional und solidarisch – ein Zeichen setzen gegen patriarchale Bevormundung und für das Recht auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung! Mit dem Aktionstag leiten wir unsere bundesweite Aktionswoche zum Internationalen Safe Abortion Day (ist am 28.09.2026) ein. Dieser steht in diesem Jahr für Deutschland unter dem Motto: Es reicht -sichere und legale Schwangerschaftsabbrüche jetzt!	
21.9.2026, 19 - 20.30 Uhr	Online-Veranstaltungsreihe: Migration verstehen - Warum Deutschland an Zugkraft verliert Kaum ein anderes europäisches Projekt hat den Alltag der Menschen so geprägt wie die Freizügigkeit innerhalb der EU. Sie wurde im Zuge der EU-Erweiterungen ausgebaut, um wirtschaftliche und kulturelle Integration zu fördern und die Mobilität innerhalb Europas zu ermöglichen. Gerade zwischen Deutschland und den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten sind so vielfältige berufliche, soziale und familiäre Verbindungen entstanden. Nach der Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für die neuen EU-Mitgliedstaaten 2011 nahm die Zuwanderung zunächst stark zu. Heute ist sie rückläufig, gegenüber einigen Ländern verzeichnet Deutschland sogar einen negativen Wanderungssaldo.	Mehr Infos: https://www.fes.de/themenportal-flucht-migration-integration/migration-verstehen
22.09.2026, 11:00 bis 12:30 Uhr	Es geht uns alle an – Pflege ermöglichen & Fachkräfte sichern in der DGB-Reihe Vereinbarkeit von Familie & Beruf gestalten - Digitale Qualifizierungsreihe für Betriebs- und Personalräte Pflege ist Alltag – auch für viele Beschäftigte. Wer pflegebedürftige Angehörige unterstützt, braucht betriebliche Strukturen, die kurzfristige Auszeiten ermöglichen, flexible Arbeitszeiten bieten und Ansprechpartner*innen im rechtlichen Dschungel von Pflegezeit und Familienpflegezeit. In unserer Session von #Vereinbarkeitkompakt	Anmeldung https://vereinbarkeit.dgb.de/veranstaltungen/vereinbarkeit-kompakt

	zeigen wir, wie ein pflegesensibles Arbeitsumfeld gestaltet werden kann. Wir diskutieren, was Beschäftigte brauchen, wie Betriebe reagieren können – und welche Ansatzpunkte Betriebs- und Personalrät*innen haben. Für mehr Entlastung, Anerkennung und gute Arbeit nicht trotz, sondern mit Pflegeverantwortung.	
Sa., 26.9.26, 11-13 Uhr	Kirztouren mit Herz „ das gibt es doch gar nicht: Wohnungslose Familien in Berlin	Kosten fünf Euro Weitere Infos und Anmeldung unter www.erzbistumberlin.de/kieztouren
30.09.26 von 16-21 Uhr in unseren Räumen in der Kantstraße 33 in Charlottenburg.	Save the Date: 25. Jubiläum BZfG „After Work Talk“ 25. Jubiläum des Berliner Zentrums für Gewaltprävention	
Mittwoch, 30.09.2026 ab 13:00 Uhr und Donnerstag, 01.10.2026 bis 13:00 Uhr in Berlin-Kreuzberg	Nationaler Armutsgipfel - Gipfel gegen Ungleichheit ...der Armutsgipfel Praxis meets Wissenschaft Armut in Deutschland ist real. Sie bedeutet: Ich bin nicht dabei. Ich kann nicht bei dem mitmachen, was für andere selbstverständlich ist. Armut geht an die Würde und an das Selbstwertgefühl. Armut verletzt die Selbstwahrnehmung. Menschen, die von Armut gefährdet sind, werden beleidigt und respektlos behandelt. Diesen Menschen wollen wir eine Stimme und einen Ort zum Austausch geben. Wir wollen sie zusammenbringen mit Menschen, die in der Politik etwas bewegen, in der Wissenschaft über Soziales forschen, in Verbänden Hilfen organisieren und Lobbyarbeit gegen Armut unterstützen.	Mehr Infos und durchklicken zur Anmeldung https://www.nationale-armutskonferenz.de/2026/05/12/armutsgipfel-2026-in-berlin/
30. September 2026 - 18:00 Uhr bis 21:00 Uhr Heilig-Kreuz-Kirche Zossener Str. 65 10961 Berlin	Bühne frei gegen Ungleichheit - Ein legislatives Theaterprojekt - Machen Sie mit! politischer Abend mit Theater, Musik und Lesung in Berlin. Veranstalter sind: Die Nationale Armutskonferenz, die Diakonie Deutschland, die Evangelische Kirchengemeinde vor dem Halleschen Tor und der Paritätische Gesamtverband. Unter dem Motto „Bühne frei gegen Ungleichheit“ bringen von Armut betroffene Menschen ihre Realität als Theaterstück auf die Bühne – und laden Bundespolitiker*innen vor Ort zur Auseinandersetzung ein. Das Legislative Theater entsteht!	Mehr Infos und Anmeldung unter https://www.der-paritaetische.de/termin-detailansicht/buehne-frei-gegen-ungleichheit-1/
Do, 01.10.2026, 19–20.30 Uhr Ort	Worishop Klares Reagieren auf sprachliche Übergriffe im beruflichen und ehrenamtlichen Kontext	Mehr Infos und Anmeldung unter www.kdfb-berlin.de

Haus Helene Weber, Wundtstr. 40-44, 14057 Berlin	Übergriffige, sexistische Kommentare und menschenverachtende Parolen begegnen uns im Alltag leider immer wieder, sei es im beruflichen oder ehrenamtlichen Kontext. Häufig sind wir erst mal überrumpelt und sprachlos. Doch was lösen solche Begriffe oder Sätze in mir aus? Wie sind meine Reaktionen? Wie gehe ich mit Angst um? Wie kann ich „Stopp“ sagen und doch im Kontakt mit demjenigen, der diese Aussagen macht, bleiben? Wie kann ich mich und andere schützen?	oder per Email an info@kdfb-berlin.de
06. Oktober 2026 bcc Berlin Congress Center, Alexanderstr. 11 10178 Berlin Nähe Alexanderplatz	„zusammen:weiter – Zukunft braucht Gleichstellung.“ Dritter Gleichstellungstag der Bundesstiftung Gleichstellung Unser Ziel ist es, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und gemeinsam weiter voranzugehen, um Wandel und Zukunft geschlechtergerecht zu gestalten. Gerade in Zeiten frauenfeindlicher, antidemokratischer Strömungen weltweit und tiefgreifender Transformations- und Strukturwandelprozesse hierzulande braucht es verlässliche Gleichstellungsstrukturen, innovative Lösungen und Menschen, die zusammen mit anderen dies in die Praxis transferieren, damit die richtigen Weichen für eine geschlechtergerechte Zukunft gestellt werden. Wir haben jetzt die Chance, gesellschaftliche Umbrüche und Veränderungen gemeinsam zu gestalten – nachhaltig, engagiert und gleichstellungsorientiert! Verbände, Vereine, Initiativen, Organisationen und Unternehmen sind aufgerufen, die Veranstaltung mit ihren Schwerpunkten und Perspektiven aktiv mitzugestalten.	Informationen zu den Beteiligungsformaten findet ihr in unserem Bewerbungsformular für den Call for Participation https://gleichstellungstag.de/2026/BSG_CallforParticipation_2026.pdf und auf www.gleichstellungstag.de
Mi., 7. Okt. 2026, 18:30 - 21:00 Uhr Theater im Delphi, Gustav-Adolf-Straße 2, 13086 Berlin	SheLeadsNature - Strukturen ändern, nicht die Frauen! Impulse & Austausch zu Female Leadership im Naturschutz. Frauen sollen resilient, tough und „mehr wie Männer“ sein? Nein, es braucht andere Systeme – die den Herausforderungen der Gleichstellung und Inklusion gerecht werden. Impulsvortrag von Prof. Dr. h. c. Jutta Allmendinger und Austausch über die entscheidenden Hürden, Stellschrauben und Chancen für eine gleichberechtigte Arbeitswelt. Zum Hintergrund: SheLeadsNature ist das neue Berliner Forum für karriereorientierte Frauen, die im Naturschutz Verantwortung übernehmen.	Mehr Infos und Anmeldung https://veranstaltung-en.sielmann-stiftung.de/hss/buchungsportal/sheleads-nature-strukturen-ändern-nicht-die-frauen-3bd966115a7b44628cd66457c86a6f54
13.10.2026, 14 Uhr Publix Hermannstraße 90 12051 Berlin	Transferfestival: Wissen in Bewegung! Das Jahresevent des Zukunftszentrum Berlin Wie lernen Beschäftigte und Führungskräfte, wenn sich Arbeit ständig verändert? Wenn Künstliche Intelligenz Prozesse übernimmt, Rollen sich verschieben und neue Kompetenzen gefragt sind? Als interaktives Festival bietet unsere diesjährige	Mehr Infos und Anmeldung https://zukunftszentrum-berlin.de/aktuelles/event/transferfestival-

	Fachveranstaltung Raum für Austausch, Erprobung und Mitgestaltung. In thematischen Veranstaltungstracks zu KI, Transformation, Organisationsentwicklung und Kompetenzen entwickeln die Teilnehmenden gemeinsam Wissen für den Transfer in die betriebliche Praxis – mit dem Ziel, Lernen wirksam zu gestalten und Zukunft aktiv zu formen. Der Hands-on Track bietet die Gelegenheit zur gemeinsamen Entwicklung von Lösungen.	wissen-in-bewegung-2/
13.10.2026, 11:00 bis 12:30 Uhr	Weiterbildung für alle ermöglichen und Fachkräfte sichern - in der DGB-Reihe Vereinbarkeit von Familie & Beruf gestalten - Digitale Qualifizierungsreihe für Betriebs- und Personalräte Weiterbildungen sind oft entscheidend für die beruflich Weiterentwicklung von Fachkräften. Gerade Beschäftigte mit Sorgeverantwortung für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige stoßen hier auf Barrieren: Weiterbildungen nur in Vollzeit, reine Präsenzformate und keine Unterstützung für punk-tuelle Betreuung. So geht wertvolles Potenzial verloren – ein Risiko, das sich Betriebe und Verwaltungen angesichts des Fachkräftebedarfs nicht leisten können. In unserer Session #Vereineinbarkeitskompakt diskutieren wir, wie betriebliche Weiterbildung vereinbarkeitsgerecht gestaltet werden kann, welche Rolle dabei Vereinbarkeit von Familie und Beruf spielt – und was Betriebs- und Personalrät*innen tun können, um den Gender Training Gap zu verringern.	Anmeldung https://vereinbarkeit.dgb.de/veranstaltungen/vereinbarkeit-kompakt
Montag, 2. November 2026 Wo? Berlin	Save the Date: Barcamp zu 50 Jahren Frauenhäuser in Deutschland Am 1. November 1976 wurde in Berlin das erste Frauenhaus in der Bundesrepublik Deutschland eröffnet. Zu diesem Anlass veranstaltet FHK in Berlin ein Barcamp, ein partizipatives Tagungsformat, bei dem die Teilnehmer*innen die Inhalte aktiv mitgestalten. Abends wird der Film „Die Macht der Männer ist die Geduld der Frauen“ gezeigt.	Später weitere Infos https://www.frauenhauskoordination.de/aktuelles/detail/save-the-date-barcamp-50-jahre-frauenhaeuser-in-deutschland
am 02./03.11.2026 ins bUm – Raum für solidarisches Miteinander	Save the Date: 4. Berliner Engagementkonferenz Nach drei erfolgreichen Ausgaben geht das Format in die nächste Runde: Auch 2026 bringt die Konferenz engagierte Akteur:innen aus Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft zusammen. Es geht um Austausch, neue Perspektiven und die gemeinsame Frage, wie Engagement und gesellschaftlicher Zusammenhalt gestärkt werden	Weitere Infos folgen. Wir freuen uns, wenn du dabei bist!

	können.	
05.11.2026 09:00 bis 17:00 Uhr Friedrich-Ebert- Stiftung Berlin, Hiroshimastr. 17 10785 Berlin	Internationale Fachtagung: Leben – Arbeiten – Teilhaben. Yaşam – Çalışma – Katılım. Impulse aus 65 Jahren deutsch-türkischer Migrationsgeschichte 1961 wurde das Anwerbeabkommen zwischen Deutschland und der Türkei unterzeichnet. Was als temporäre Arbeitsmigration begann, hat beide Länder dauerhaft geprägt – gesellschaftlich, wirtschaftlich und politisch. Was lässt sich daraus für Teilhabe und Zusammenleben in einer Gesellschaft vielfältiger Herkünfte lernen?	Mehr Infos https://www.fes.de/themen/migrationspolitik/leben-arbeiten-teilhabe-asam-calisma-katilim
Do, 05.11.2026, 19-20.30 Uhr Online	Digitales Podium // Gewalt gegen Frauen im digitalen Raum Chats, Social Media, Messenger: Das Internet ist längst Teil unseres Alltags – und damit auch ein Raum, in dem Gewalt gegen Frauen stattfindet. Von Belästigungen in Kommentarspalten über Cyberstalking bis hin zur Verbreitung intimer Bilder ohne Zustimmung – digitale Gewalt trifft vor allem junge Frauen und kann genauso verletzend und bedrohlich sein wie Übergriffe im realen Leben. Doch wie können Frauen sich schützen? Welche rechtlichen Möglichkeiten gibt es? Und welche Projekte setzen sich schon heute dafür ein, dass digitale Räume sicherer werden?	Mehr Infos und Anmeldung unter www.kdfb-berlin.de oder per Email an info@kdfb-berlin.de
05. März 2027	ersten Feminism Now! – Preis für feministisches Engagement Mit einem neuen und mit 10.000 Euro dotierten Preis, mit einer Gala und dem Versprechen, ihren Kampf sichtbar zu machen, wo auch immer er stattfindet. Feminism Now! versteht sich als politische Stellungnahme der Heinrich-Böll-Stiftung: Öffentliche Aufmerksamkeit kann Schutz bieten, internationale Anerkennung kann politische Handlungsspielräume eröffnen und finanzielle Unterstützung kann konkrete Veränderungen ermöglichen. Wir laden Sie herzlich ein, Kandidat*innen für den Feminism Now! – Preis für feministisches Engagement 2027 zu benennen. Stellen Sie uns bitte Ihre Kandidat*in auf maximal drei DIN A4-Seiten vor und begründen Sie Ihre Wahl. Bitte senden Sie Ihren Vorschlag per E-Mail (bevorzugt) oder per Post an Ulrike Cichon (cichon@boell.de)	Vorschläge für Preisträger*innen bis 31. August 2026 Weitere Details und die Nominierungskriterien finden Sie hier. https://www.boell.de/de/feminism-now-preis-fuer-feministisches-engagement-2027

IV. Verschiedenes aus dem frauen*- und gesellschaftspolitischen Umfeld

- **Rentenkommission 2026: 33 Empfehlungen zur Rentenreform**

Die Rentenkommission hat im Juni 2026 insgesamt 33 Empfehlungen vorgelegt, um die Alterssicherung in Deutschland langfristig sicherzustellen

- Die Alterssicherungskommission hat 33 Empfehlungen für die langfristige Reform der Altersvorsorge in Deutschland vorgelegt.
- Ziel ist eine nachhaltige und generationengerechte Weiterentwicklung der gesetzlichen, betrieblichen und privaten Altersvorsorge.
- Zentrale Vorschläge sind eine gesetzliche Kapitalrente, die Ausweitung des Versichertenkreises und Anpassungen beim Renteneintrittsalter.
- Der Bericht wurde am 23. Juni 2026 an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales übergeben. Bundesministerin Bas hat angekündigt, die Empfehlungen möglichst vollständig umsetzen zu wollen.

Der ganze Bericht: <https://www.bmas.de/DE/Soziales/Rente-und-Altersvorsorge/Rentenreform-2025/Rentenkommission-2026/rentenkommission-2026.html>

- **So steigen die Renten wieder**

Mit ihren Vorschlägen entwirft die Kommission eine echte Reform, viel mehr als nur ein Sparpaket. Mehr dazu unter

https://www.dropbox.com/scl/fi/1509cq3qklrt5cgur9by9/Faktenpapier_ASK.pdf?rlkey=pgyu28kgs2786keoikbe2kr7c&st=7qhf27pm&e=1&dl=0.

- **Bundeszentrale für politische Bildung: Neuer Themenschwerpunkt „Vereine und Zivilgesellschaft“ in unserem Online-Portal „InfoPool Rechtsextremismus“**

Vereine sind zentrale Orte des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Sie ermöglichen Teilhabe und stärken demokratische Werte. Gleichzeitig sehen sich Vereine teilweise mit rechtsextremen Akteurinnen und Akteuren konfrontiert, die gezielt versuchen, die Strukturen der Sport-, Kultur- oder Heimatvereine für Einflussnahme, Vernetzung und Rekrutierung zu nutzen.

Der neue Themenschwerpunkt „Vereine und Zivilgesellschaft“ im InfoPool Rechtsextremismus beleuchtet diese ambivalente Rolle. Er bietet fundierte Analysen zu Strategien rechtsextremer Akteurinnen und Akteure sowie praxisnahe Beiträge zum Umgang mit Unterwanderungsversuchen.

Im Schwerpunkt finden Sie:

- Grundlegende Einordnungen des Phänomens
- Beispiele aus der Vereinspraxis
- Erfolgreiche Gegenstrategien
- Orientierung für den Umgang mit rechtsextremen Herausforderungen im Vereinsalltag

Der Themenschwerpunkt richtet sich an Engagierte in Vereinen, Fachkräfte aus Bildung, Verwaltung, Sicherheitskreisen und Prävention sowie alle, die sich für eine offene und demokratische Gesellschaft einsetzen.

Der InfoPool Rechtsextremismus ist ein Online-Portal, das in verschiedenen

Themenschwerpunkten Informationen sowie entsprechende Materialsammlungen und Handreichungen zu Rechtsextremismus und Rechtsextremismusprävention bündelt. Weitere Texte werden fortlaufend ergänzt.

Mehr: www.bpb.de/576749 und

<https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/infopool-rechtsextremismus/576749/vereine-und-zivilgesellschaft/>

- **Der Gender Pay Gap beginnt nicht am Gehaltszettel. Lohntransparenz endet an der Haustür.**

Mit Lohntransparenz können wir Einkommensunterschiede in Unternehmen sichtbar machen. Aber die größte Ungleichheit bleibt unsichtbar: jene Arbeit, die gar keinen Lohn erhält. Mehr Gleichstellung bedeutet nicht automatisch weniger Arbeit: Das schwedische Modell verteilt Erwerbs- und Sorgearbeit gerechter, senkt aber die Gesamtbelastung von Frauen kaum.

Die feministische Ökonomin Mascha Madörin argumentiert, dass sich die gesellschaftliche Abwertung von Care-Arbeit direkt in den Löhnen widerspiegelt. Solange Sorgearbeit als selbstverständlich gilt, werden auch jene Berufe strukturell schlechter bewertet, die auf dieser Arbeit aufbauen.

Mehr <https://www.caringeconomy.jetzt/der-gender-pay-gap-beginnt-nicht-am-gehaltszettel/>

- **Datenblätter Arbeitsmarkt der Fachstelle Querschnittsthemen im ESF Plus**
Mehr: <https://faqt-esf.de/daten/arbeitsmarkt-1>
- **Datenblätter Soziale Teilhabe der Fachstelle Querschnittsthemen im ESF Plus**
Mehr: <https://www.fagt-esf.de/daten/soziale-teilhabe-1>
- Datenblätter verschiedene Bereiche der Fachstelle Querschnittsthemen im ESF Plus
Mehr: <https://faqt-esf.de/daten/daten>
- **Gleichstellung der Geschlechter - Antidiskriminierung - Ökologische Nachhaltigkeit**

Praktische Umsetzung der Querschnittsthemen im ESF Plus

Das Projekt BENDa des Bundesverbands Netzwerke von Migrant*innenorganisationen e.V. (NeMO) fungiert als bundesweite Vernetzungs- und Fachstelle des ESF Plus-Programms „Rat geben - Ja zur Ausbildung!“. Nun wurde eine Sammlung von praktischen Beispielen für die Umsetzung der Querschnittsthemen aus den 16 Projekten des Programms veröffentlicht, die auch Projektverantwortlichen anderer ESF Plus-Programme zur Inspiration dienen können.

Übersicht [https://benda-ratgeben.de/wp-](https://benda-ratgeben.de/wp-content/uploads/2026/04/20260410_Uebersicht-Querschnittsthemen-bei-Rat-geben.pdf)

[content/uploads/2026/04/20260410_Uebersicht-Querschnittsthemen-bei-Rat-geben.pdf](https://benda-ratgeben.de/wp-content/uploads/2026/04/20260410_Uebersicht-Querschnittsthemen-bei-Rat-geben.pdf)

- **Rüge für Untätigkeit bei Lohngerechtigkeit**

Die Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung kritisiert die Bundesregierung für die mangelnde Umsetzung der EU-Richtlinie zur Entgeltgleichheit in Deutschland, die zum 7. Juni 2026 in nationales Recht umgesetzt werden sollte: „In kaum einem anderen europäischen Land verdienen Frauen im Vergleich zu Männern durchschnittlich weniger als bei uns. Das muss endlich korrigiert werden.“ Darüber hinaus riskiere Deutschland erhebliche Strafzahlungen durch ein Vertragsverletzungsverfahren der Kommission.

Stellungnahme

https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/aktuelles/DE/2026/20260603_Entgelttransparenz.html

- **Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie: Jetzt starten statt abwarten**

In einem Interview des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung (KOFA) erläutern zwei Jurist*innen, was die EU-Entgelttransparenzrichtlinie für KMU bedeutet und was sie ab sofort beachten sollten. Auch wenn die Bundesregierung die Richtlinie nicht wie geplant umgesetzt hat, sind Unternehmen an die europäische Richtlinie gebunden. KMU sollten ab jetzt das bestehende Vergütungssystem überprüfen und ggf. anpassen, Führungskräfte schulen und ihre Beschäftigten aktiv über die Richtlinie informieren.

Interview <https://www.kofa.de/personalarbeit/unternehmenskultur/praxisbeispiele-und-interviews/entgelttransparenzrichtlinie-darum-muessen-alle-kmu-handeln/>

- **Deutscher Juristinnenbund veröffentlicht Stellungnahme zur EU-Gleichstellungsstrategie**

Mit Bezug zum Mehrjährigen Finanzrahmen und seinen gleichstellungspolitischen Implikationen hat der djB eine Stellungnahme zur Strategie der Gleichstellung der Geschlechter in der EU verfasst. Darin werden Konkretisierungen der Maßnahmen angemahnt.

Stellungnahme <https://www.djb.de/presse/stellungnahmen/detail/st25-24>

- **Sexismus am Arbeitsplatz**

In einer Studie von EAF Berlin - Diversity in Leadership werden Ausmaß, Erscheinungsformen und Folgen von Sexismus am Arbeitsplatz in Deutschland untersucht, wobei neben Frauen und Männern auch trans-, inter- und nicht-binäre Personen berücksichtigt wurden. Demnach hat die Mehrheit der Berufstätigen bereits Sexismus am Arbeitsplatz erlebt und Queersein, Behinderung, junges Lebensalter, Sorgearbeit und Migrationshintergrund führen zu häufigerer Betroffenheit.

Studie <https://gemeinsam-gegen-sexismus.de/sexismus-am-arbeitsplatz-studie/>

- **Geschlecht, Migration und Zugangshürden**

In einem Fachtext der Bundestiftung Gleichstellung werden die strukturellen Barrieren für Frauen mit Migrationsgeschichte und deren Auswirkungen auf das Armutsrisiko sowie den Zugang zu Bildung, Arbeit, Wohnraum, Gesundheitsdiensten und politischer Teilhabe analysiert. Die intersektionale Diskriminierung wirkt sich negativ auf verschiedene Lebensbereiche aus und kann dazu beitragen, bestehende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern weiter zu verstärken.

Fachtext <https://www.bundesstiftung-gleichstellung.de/publikationen/geschlecht-migration-und-zugangshuerden/>

- **Connected Women - Teilhabe neueingewanderter Frauen in Kommunen**

In einem Bericht von Minor - Projektkontor für Bildung und Forschung werden die zentralen Erkenntnisse aus dem Forschungsprojektes „Connected Women“ dargestellt und Handlungsoptionen für mehr Partizipation entwickelt. Das Projekt stärkt mittels eines partizipativen Ansatzes die strukturelle Teilhabe von neueingewanderten Frauen auf kommunaler Ebene und sorgt für mehr Vielfalt in gesellschaftlichen Diskursen.

Bericht <https://www.bosch-stiftung.de/de/publikation/connected-women>

- **EU-Bürger*innen in Deutschland**

Laut einem Factsheet des Polnischen Sozialrats machen EU-Bürger*innen rund 30 % der Migrant*innen in Deutschland aus. Viele arbeiten trotz formaler Gleichstellung unter ihrem Qualifikationsniveau, verdienen weniger und stoßen auf zahlreiche strukturelle Hürden und die Abwanderung, besonders aus Mittel- und Osteuropa, nimmt zu. Bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, so die Autor*innen, könnten zu einer langfristigen Bindung dieser Arbeits- und Fachkräfte beitragen.

Factsheet <https://polskarada.de/highlight-factsheet-zu-eu-buergerinnen-in-deutschland/?lang=de>

- **Unterbringung von Geflüchteten in Deutschland**

Das Umweltbundesamt (UBA) hat ein Positionspapier veröffentlicht, in dem zentrale Erkenntnisse der Kommission Nachhaltiges Bauen (KNBau) zu den Anforderungen an die Unterbringung geflüchteter Menschen vor dem Hintergrund von Wohnraummangel, Klimazielen und Bauwende wiedergegeben werden. Es werden integrierte Handlungsansätze abgeleitet, die Bestandnutzung, Innenentwicklung und nachhaltige Bauweisen priorisieren.

Positionspapier <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/unterbringung-von-gefluechteten-in-deutschland>

- **EU-Strategie zur Armutsbekämpfung**

Im Rahmen eines neuen Sozialpakets der Europäischen Kommission zur Beseitigung der Armut und zur Förderung der Rechte von Menschen mit Behinderungen wurde auch die erste EU-Strategie zur Armutsbekämpfung veröffentlicht. Sie soll zur Beseitigung der Armut in der EU bis 2050 beitragen.

Pressemitteilung mit Links zum Thema

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_946

- **Armutsbericht 2026: Wachsende Armut, schrumpfende Sicherheit**

Der Paritätische Gesamtverband hat den Armutsbericht 2026 veröffentlicht. Die Daten zeigen, dass sich die soziale Spaltung in Deutschland verschärft: 13,3 Millionen Menschen leben in Armut, die Armutsquote steigt auf 16,1 % - wobei sich deutliche regionale Unterschiede zeigen. Insbesondere ältere Menschen, Frauen, Personen mit niedrigem Bildungsabschluss, Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit und Alleinerziehende sind von Armut betroffen.

Bericht https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Armutsbericht/doc/Armutsbericht_2026_Wachsende_Armut_Schrumpfende_Sicherheit.pdf

- **Bildung in Deutschland 2026: Chancengerechtigkeit und Fachkräftesicherung**

Die Autor*innengruppe Bildungsberichterstattung hat den alle zwei Jahre erscheinenden nationalen Bildungsbericht veröffentlicht. Die Autor*innen betonen darin die zunehmende Bedeutung von Bildungspolitik für die Sicherung von Fachkräften. Dabei gewinne die Integration Zugewanderter in Bildung und Arbeitsmarkt, die bessere Ausschöpfung vorhandener Erwerbspotenziale sowie die Stärkung lebensbegleitenden Lernens weiter an Bedeutung.

Bericht <https://www.bildungsbericht.de/de>

- **Berichte, Präsentationen zur Veranstaltung „Soziale Ökonomie in Berlin – Gemeinsam wirksam für eine soziale und innovative Stadt“ am 26. Juni 2026 im Roten Rathaus**

Es ist wichtig, die Perspektiven der Paritätischen Mitgliedsorganisationen in der Debatte um Soziale Ökonomie sichtbar zu machen. Denn freie Träger leisten jeden Tag einen zentralen Beitrag zur sozialen Infrastruktur, zur Teilhabe und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Berlin. Einen Rückblick auf die Veranstaltung finden Sie auf unserer Website <https://www.paritaet-berlin.de/aktuelles/detail/soziale-oekonomie-in-berlin-gemeinsam-wirksam-fuer-eine-soziale-und-innovative-stadt>. Dort stehen auch die Präsentationen zum Download bereit. Wir freuen uns außerdem, wenn Sie unsere Beiträge zur Veranstaltung auf Instagram und LinkedIn liken, kommentieren oder teilen.

- **Organisationen feministisch gestalten**

Wie können wir Machtverhältnisse in Organisationen sichtbar machen und gezielt verändern? Wie lassen sich feministische Werte auch strukturell verankern? Dieses Thema im Fokus zeigt, wie feministische Prinzipien helfen können, Organisationen machtkritisch weiterzuentwickeln. Reflexionsfragen unterstützen dabei, Handlungsfelder zu erkennen und erste Schritte zu gehen.

Feministische Organisationsentwicklung ist ein langfristiger Lern- und Veränderungsprozess. Damit er wirkt, braucht es Strukturen für ständige Reflexion und Weiterentwicklung, sowie regelmäßig erhobene und ausgewertete Daten. Monitoring und Evaluation aus intersektionaler Perspektive machen Fortschritte sichtbar und decken Lücken auf. Welche Veränderungen haben tatsächlich zu einer Verschiebung von Macht geführt

Mehr Infos: <https://www.fes.de/akademie-management-und-politik/themen-im-fokus/feministische-organisationsentwicklung>

Mehr Infos: <https://www.fes.de/akademie-management-und-politik/themen-im-fokus>

- **Zwischen Fairness und Sinnstiftung: Vergütung und Gehaltsmodelle in NPOs**

Über Geld spricht man nicht – oder doch? Im Non-Profit-Sektor verfolgen Organisationen vorrangig soziale und gemeinnützige Ziele. Die Gehaltsmodelle unterscheiden sich daher oft von jenen gewinnorientierter Unternehmen. Für Mitarbeitende steht in der Regel die Motivation, einer sinnstiftenden Tätigkeit nachzugehen, im Vordergrund – nicht das Gehalt, das in der freien Wirtschaft oft höher ausfällt. Dennoch wollen auch hier Mitarbeitende fair entlohnt werden. Je nach Organisation und finanzieller Lage variieren die Vergütungsmodelle, etwa gleiches Gehalt für alle, stufenbasierte Entlohnung oder leistungsorientierte Vergütung.

In diesem Thema im Fokus diskutieren wir, wie eine gerechte und transparente Entlohnung aussehen kann

Besonderheiten in Non-Profit-Organisationen

Viele große NPOs vergüten ihre Mitarbeitenden ähnlich wie Unternehmen in anderen Branchen. Dennoch fallen die Gehälter im gemeinnützigen Sektor insgesamt niedriger aus. Das liegt unter anderem daran, dass die gemeinnützige Ausrichtung nicht mit Gewinnstreben vereinbar ist. Der Aspekt der Sinnstiftung soll oft ein niedriges Gehalt ausgleichen. In vielen Organisationen wird auch ehrenamtliches Engagement erwartet, etwa bei abendlichen Vereinssitzungen. NPOs haben oft Schwierigkeiten, hohe Gehälter zu zahlen, da sie sich aus Spenden und Fördermitteln finanzieren. Weitere Besonderheiten:

- Abhängigkeit vom Ehrenamt: Mehr als die Hälfte der zivilgesellschaftlichen Organisationen hat Gesamteinnahmen von weniger als 10.000 Euro. Nur 27% der Organisationen haben bezahlte Beschäftigte.
- Prekäre Arbeitsbedingungen: Im NPO-Sektor dominieren Teilzeitarbeit und befristete Beschäftigung sowie freie Mitarbeit. Hauptamtliche sind damit vermehrt in unsicheren Arbeitsverhältnissen mit niedrigem Einkommen.

- **Finanzielle Unsicherheit:** Die Finanzierung von Projekten und gesellschaftlichem Engagement ist teils prekär und langfristige Förderungen könnten aufgrund des Erstarkens rechtsextremer und autoritär-populistischer Parteien noch weiter abnehmen.
- **Fehlende Diversität:** Zivilgesellschaftliche Organisationen bilden die zunehmende Vielfalt intern noch selten ab. Mit Blick auf Führungspositionen zeigt sich, dass in NPOs Frauen, migrantische und jüngere Personen unterrepräsentiert sind.
- **Abwertung von Care-Arbeit und Gender Pay Gap:** NPOs übernehmen häufig Aufgaben, die traditionell im Bereich der staatlichen Daseinsfürsorge liegen. Wie im gesamten Bereich der sozialen und solidarischen Arbeit, ist dieser Sektor vor allem durch Frauen getragen (70% im Non-Profit-Sektor).

Mehr: <https://www.fes.de/akademie-management-und-politik/themen-im-fokus/verguetung-und-gehaltsmodelle-in-npos>

• **World Giving Report 2026**

Der World Giving Report 2026 der Charities Aid Foundation (CAF) https://www.cafonline.org/?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=maecenata_newsletter_juni_2026&utm_term=2026-06-29 analysiert das Spendenverhalten in über 100 Ländern und beruht auf der Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen weltweit. Er zeigt die geringe Spendenbereitschaft in Deutschland im internationalen Vergleich, aber auch die Möglichkeiten, die Öffentlichkeitsarbeit im Fundraising mit sich bringen und viele weitere Erkenntnisse.

Deutsches Spendenverhalten im Überblick:

https://www.worldgivingreport.org/partners/germany?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=maecenata_newsletter_juni_2026&utm_term=2026-06-29#

World Giving Report 2026:

https://www.worldgivingreport.org/?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=maecenata_newsletter_juni_2026&utm_term=2026-06-29

• **Warum arbeiten Menschen für NGOs?**

In den neuen Folgen unseres Podcasts "Die NGO-Debatte" betrachten wir gemeinsam mit Prof. Dr. Marlene Walk (Universität Freiburg) die Zivilgesellschaft aus dem Blickwinkel von Arbeitnehmenden als Teil des Arbeitsmarktes. Was ist der Antrieb zur Arbeit im Dritten Sektor? Wie kann man diesen Erhalten? Und welche Bedeutung hat er und seine Leistungen für den Rest der Gesellschaft?

Anhören und abonnieren: https://die-ngo-debatte-podcast.podigee.io/?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=maecenata_newsletter_mai_2026&utm_term=2026-05-29

• **Befragung: Deutschen Social Entrepreneurship Monitor 2026 (DSEM)**

Der Deutsche Social Entrepreneurship Monitor (DSEM) https://www.send-ev.de/projekte-items/dsem/?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=maecenata_newsletter_juni_2026&utm_term=2026-06-29 durchgeführt von SEND

https://www.send-ev.de/?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=maecenata_newsletter_juni_2026&utm_term=2026-06-29 und value for good

https://valueforgood.com/de?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=maecenata_newsletter_juni_2026&utm_term=2026-06-29 dokumentiert seit 2018, wie sich das Social-Entrepreneurship-Ökosystem in Deutschland entwickelt. Welche Herausforderungen Sozialunternehmen bewegen, welche Rahmenbedingungen sie

brauchen und welchen gesellschaftlichen Beitrag sie leisten. Die Ergebnisse geben Entscheidungsträger*innen aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft eine belastbare Grundlage für die Unterstützung von Sozialunternehmen. Dafür befragen wir als Social Entrepreneurship Netzwerk Deutschland alle zwei Jahre Sozialunternehmer*innen zum Status ihrer Organisation.

Hier teilnehmen: https://dsem2026.send-ev.de/?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=maecenata_newsletter_juni_2026&utm_term=2026-06-29

- **Wissenschaftliches Gutachten: Geplanter COSMO-Umbau verstößt gegen das WDR-Gesetz**

Die Neuen deutschen Medienmacher*innen haben ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, das die geplante Überführung des Radioprogramms COSMO in den HipHop-Sender 1LIVE STREET einer juristischen Prüfung unterzieht.

Prof. Dr. Hubertus Gersdorf, Universität Leipzig Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht sowie Medienrecht, kommt zum Ergebnis: Der Plan des WDR verstößt gegen § 3 Abs. 4 Nr. 6 WDR-Gesetz. COSMO ist gesetzlich beauftragt und darf nicht zu einer „jungen Welle“ umgebaut werden. Erforderlich ist ein Programm, das sich an alle Altersgruppen richtet und „Themen des interkulturellen Zusammenlebens“ aufgreift, die auf das Interesse aller Altersgruppen stoßen.

Mehr zum Gutachten: <https://www.neuemedienmacher.de/aktuelles/stellungnahme/-2>

- **Bundesweite Elternbefragung: Mehrheit der Eltern wünscht sich inklusive Bildung**

Deutschland gehört zu den Ländern mit der höchsten Exklusionsquote in Europa: Die Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf ist in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. 60 Prozent dieser Kinder finden sich in Förderschulen wieder. Dabei lehnen 82 Prozent der Eltern schulpflichtiger Kinder mit Behinderungen eine getrennte Beschulung ab. 69 Prozent der Eltern mit Kindern auf Förderschulen würden ihr Kind lieber auf eine allgemeine Schule schicken, wenn die Bedingungen dort besser wären. Das zeigt die neue Studie „Inklusive Bildung zwischen Wunsch und Wirklichkeit“ des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Erstmals wurden bundesweit rund 7.500 Eltern von Kindern mit Behinderungen zu ihren Erfahrungen befragt.

„Die Ergebnisse der Elternbefragung sind ein klarer Handlungsauftrag an die Politik: Eltern wollen inklusive Schulen. Es ist die Aufgabe des Staates, seine menschenrechtliche Verpflichtung aus der UN-Behindertenrechtskonvention zu erfüllen. Es braucht den politischen Willen in allen Bundesländern, ein gutes, inklusives Schulsystem zu schaffen und Förderschulen abzubauen“, sagt Britta Schlegel, Leiterin der Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Auffällig sind die Unterschiede innerhalb Deutschlands: In Bremen besuchen nur neun Prozent der Kinder mit Behinderungen eine Förderschule, in Bayern sind es 66 Prozent. Förderschulen dienen derzeit als Auffangbecken für Kinder, die aufgrund der strukturellen Defizite an allgemeinen Schulen dort nicht ausreichend gefördert werden. So bleiben segregierende Strukturen bestehen und allgemeine Schulen kommen ihrer Verpflichtung zur Inklusion nicht nach. „Angesichts knapper öffentlicher Mittel sollten die Bundesländer nicht länger zwei parallele Schulsysteme finanzieren“, so Schlegel weiter. Die durch einen Abbau von Förderschulen freiwerdenden Mittel sind dringend für die Verbesserung der inklusiven Bildung an Regelschulen nötig. Dies kommt allen Kindern zugute, beispielsweise durch kleinere Klassen, mehr Personal, multiprofessionelle Teams, individuellerem Unterricht und barrierefreien Räumen.

Viele Landesregierungen gehen nötige Veränderungen nicht an, weil sie glauben, Eltern bevorzugten Förderschulen. Die Studie zeigt nun aber: Die meisten Eltern wählen

Förderschulen, weil die Inklusion an allgemeinen Schulen unzureichend umgesetzt wird. „Das Elternwahlrecht ist ein bloßes Scheinwahlrecht: Wenn Eltern sich zwischen einer gut ausgestatteten Förderschule und einer schlecht ausgestatteten Regelschule entscheiden müssen, gibt es keine wirkliche Wahl“, sagt Susann Kroworsch, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts und Co-Autorin der Studie.

Ein weiterer Befund: Die Beratungsgespräche sind vielfach einseitig. 41 Prozent der Eltern erhalten eine Empfehlung für die Förderschule, nur 24 Prozent für eine allgemeine Schule. Wenig beachtet wird dabei, dass der Besuch einer Förderschule oft der Beginn einer lebenslangen Exklusion ist. Rund 73 Prozent der Schülerinnen und Schüler verlassen Förderschulen ohne Abschluss. Viele wechseln anschließend in gesonderte Ausbildungswege, die begrenzte Chancen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bieten. Häufig bleibt ihnen nur eine Beschäftigung in Werkstätten für behinderte Menschen. An allgemeinen Schulen lernen Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf nachweislich mehr. Werden inklusive Optionen in der Beratung aufgezeigt, entscheiden sich Eltern deutlich häufiger für eine allgemeine Schule. Auch die Untersuchung der Schulwechsel zeigt, dass Kinder mit Behinderungen viermal häufiger aus dem Regelschulsystem herausgedrängt als dort aufgenommen werden.

„Dass gemeinsames Lernen möglich ist und gute inklusive Bildung allen Kindern – ob mit Förderbedarf oder ohne – zugutekommt, beweisen viele Schulen hierzulande eindrucksvoll. Auch der Blick ins Ausland, etwa nach Italien oder Skandinavien, zeigt, wie es besser geht: Dort lernen Kinder und Jugendliche mit Behinderungen schon seit Jahren erfolgreich inklusiv im allgemeinen Schulsystem“, so Kroworsch.

Die Studie „Inklusive Bildung zwischen Wunsch und Wirklichkeit“, Factsheets und weitere Informationen finden Sie unter www.dimr.de/inklusive-bildung

Ein Interview mit Britta Schlegel und Susann Kroworsch finden Sie unter: www.institut-fuer-menschenrechte.de/im-fokus/inklusive-bildung-zwischen-wunsch-und-wirklichkeit

- **Finanzstrategie neu aufstellen**

Trotz guter Arbeit müsst ihr oft Defizite intern auffangen oder notdürftig stopfen? Durch unbezahlte Mehrarbeit, niedrigere Gehälter und den Verzicht auf notwendige Investitionen? Genau hier merken viele NPOs, vielleicht genau wie du, dass da etwas nicht zusammenpasst. Was sich erst einmal wie ein Widerspruch anfühlen mag, ist keiner – gute Projekte und viel Arbeit allein bedeuten nicht das deine Organisation finanziell auf festen Beinen steht.

Mehr: <https://www.skala-campus.org/artikel/finanzierungsstrategie-neu-aufstellen/>

- **Wie ein gesunder Finanzierungsmix für Non-Profits aussieht**

Ein stabiler Finanzierungsmix ist die Grundlage dafür, ob eure Organisation langfristig Wirkungen und finanzielle Stabilität erzielt. Dabei geht es nicht nur darum, möglichst viele Einnahmequellen zu haben, sondern sie strategisch so zu kombinieren, dass sie sich ergänzen.

Es lohnt sich genau auf die Vorteile jeder Finanzierungsquelle zu achten und darauf, dass diese Einnahmequellen beeinflussen, wie eure Organisation arbeitet.

Mehr: <https://www.skala-campus.org/artikel/finanzierungsmix-non-profits/>

- **Wirkungsbericht „Mobile Stadtteilarbeit in Berlin (2025)“ veröffentlicht**

Der im Auftrag des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes erstellte Wirkungsbericht zur Mobilen Stadtteilarbeit in Berlin liefert wichtige Erkenntnisse aus der Praxis und eine fundierte Grundlage für das weitere Lobbying zum Landesprogramm. Die Analyse zeigt, dass Mobile Stadtteilarbeit schwer erreichbare Gruppen anspricht, Vertrauen aufbaut, Teilhabe stärkt und Sozialräume stabilisiert.

Weitere Informationen und Link zum Download: <https://www.paritaet-berlin.de/aktuelles/detail/wie-wirkt-mobile-stadtteilarbeit>

- **Neue Ausgabe des Fördernewsletters veröffentlicht**

Die aktuelle Ausgabe des Fördernewsletters „Fördernews: Aktuelles aus der Projektförderung“ vom Juni 2026 informiert über Neuigkeiten aus der Förderlandschaft. Der Newsletter bietet einen Überblick über aktuelle Entwicklungen und kann für Organisationen bei der Planung und Umsetzung von Projekten hilfreich sein.

Weitere Informationen: <https://www.berlin.de/ba-neukoelln/aktuelles/newsletter/eu-foerderwelt/newsletter.1685260.php>

- **Die Digitalisierung der Arbeit ist eine Demokratiefrage**

Digitale Technologien werden weltweit rasant in Betrieben und Verwaltungen eingeführt. Eine neue FES-Publikationsreihe zeigt, welche Rechte Beschäftigte nutzen können, um Arbeitsbedingungen in der digitalisierten Arbeitswelt mitzugestalten und zu verhandeln. Wenn Technologie ohne Beteiligung der Beschäftigten eingeführt wird, setzt sie Arbeitnehmer_innen nicht nur neuen Formen der Kontrolle aus. Sie verschiebt auch das Kräfteverhältnis am Arbeitsplatz zugunsten der Arbeitgeber. Beschäftigte können sich dadurch zunehmend entfremdet und objektiviert fühlen.

Mehr: <https://www.fes.de/themen/gewerkschaften-international/die-digitalisierung-der-arbeit-ist-eine-demokratiefrage>

- **DZA-Pressemitteilung: Wenn gesellschaftliche Krisen zur Dauerbelastung werden: Neue Studie zeigt wachsende psychische Belastungen bei Menschen in der zweiten Lebenshälfte**

Menschen im mittleren und höheren Erwachsenenalter in Deutschland sind gegenüber gesellschaftlichen Krisen nicht dauerhaft widerstandsfähig. Eine neue Studie auf Basis des Deutschen Alterssurveys zeigt: Während frühere Krisen nur vorübergehende oder geringe Spuren im psychosozialen Wohlbefinden hinterließen, haben sich zentrale Wohlbefindensindikatoren seit 2021 deutlich verschlechtert.

Untersucht wurden depressive Symptome, Lebenszufriedenheit und Einsamkeit bei Menschen ab 40 Jahren in Deutschland. Zwischen 2014 und 2017 blieben diese Indikatoren weitgehend stabil. Auch nach der ersten Phase der COVID-19-Pandemie zeigten sich Hinweise auf eine Erholung: Einsamkeit und depressive Symptome stiegen zunächst an, näherten sich 2021 aber wieder dem Ausgangsniveau an.

Seit 2021 zeigt sich jedoch ein anderes Bild. Die Lebenszufriedenheit sank, Einsamkeit nahm wieder zu, und depressive Symptome stiegen deutlich an. Besonders auffällig ist die Entwicklung im Jahr 2024: Der Anstieg depressiver Symptome fiel hier stärker aus als in den Jahren zuvor.

Die Studie ordnet diese Entwicklung in den Kontext der sogenannten Polykrise ein. Anders als bei zeitlich begrenzten Einzelkrisen geht es dabei um die anhaltende Überlagerung mehrerer gesellschaftlicher Belastungen: der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, Energieunsicherheit, Inflation, steigende Lebenshaltungskosten und politische Polarisierung. Solche Belastungen bleiben nicht auf Politik und Wirtschaft beschränkt. Sie können den Alltag vieler Menschen prägen, Zukunftssorgen verstärken und psychische wie soziale Bewältigungsressourcen beanspruchen.

„Die Polykrise ist nicht nur eine Abfolge politischer und wirtschaftlicher Probleme. Sie kann zu einer dauerhaften Belastung des Alltags werden“, sagt Erstautor Oliver Huxhold. „Unsere Ergebnisse deuten darauf hin, dass diese Dauerbelastung inzwischen auch im psychosozialen Wohlbefinden sichtbar wird. Das ist gesellschaftlich bedeutsam: Wenn

depressive Symptome zunehmen, Lebenszufriedenheit sinkt und Einsamkeit wächst, betrifft das nicht nur einzelne Personen. Es kann auch soziale Teilhabe, Vertrauen und gesellschaftlichen Zusammenhalt schwächen.“

Die detaillierten Ergebnisse sind nachzulesen in: Huxhold, O., Klasen, L. J., Bünning, M., Gerstorff, D., Kelle, N. (2026). Psychosocial Trajectories in Germany Across a Decade of Societal Crises. The Journals of Gerontology, Series B: Psychological Sciences and Social Sciences, <https://doi.org/10.1093/geronb/gbag125>

- **Finanzierung der feministischen Zivilgesellschaft in Deutschland: Erstmals systematische Daten**

Die Gleichberechtigung der Geschlechter betrifft mehr als die Hälfte der Bevölkerung – doch die Organisationen, die täglich dafür kämpfen, werden in Deutschland kaum gefördert und selten gespendet. Wie groß das Missverhältnis wirklich ist, zeigen jetzt erstmals systematisch erhobene Daten: Beim Deutschen Stiftungstag im Mai 2026 präsentierte ein Forschungskonsortium, an dem filia.die frauenstiftung beteiligt war, neue Erkenntnisse zur Finanzierung der feministischen und gleichstellungsorientierten Zivilgesellschaft (kurz: femgoZG) in Deutschland.

Wie klein ist die feministische Zivilgesellschaft in Deutschland wirklich?

Die Antwort ist ernüchternd. Laut Zuwendungsempfängerregister (Stand 2025) haben nur 0,6 Prozent aller dort geführten Organisationen den Zweck „Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern“ als Satzungszweck. Im ZiviZ-Survey 2023 nennen ebenfalls nur 0,7 Prozent der Organisationen Frauen und Mädchen als alleinige Zielgruppe. Im Stiftungssektor zählt Geschlechtergleichberechtigung mit 0,6 Prozent zu den am seltensten genannten Stiftungszwecken überhaupt (Stiftungsdatenbank des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen, 2024). Nach unveröffentlichten Auswertungen des Stiftungspanels 2025 haben nur 3 Prozent der Stiftungen Frauen und Mädchen als eine von mehreren Zielgruppen.

Die wenigen existierenden Organisationen mit der Zielgruppe „Frauen/Mädchen“ sind zudem überwiegend klein und ressourcenschwach: 77 Prozent der als Vereine organisierten Gruppen haben 100 oder weniger Mitglieder. 59 Prozent haben jährliche Einnahmen von maximal 10.000 Euro. Nur 7 Prozent erreichen ein Jahresbudget von über einer Million Euro.

Mehr Infos: <https://www.filia-frauenstiftung.de/blog/2026/06/24/finanzierung-feministische-zivilgesellschaft-deutschland/>

- **Nationale Stelle zur Verhütung von Folter übergibt Jahresbericht**

Die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter hat ihren Bericht für das Jahr 2025 vorgestellt und an Bund und Länder übergeben. Die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter ist ein unabhängiges Gremium, das in der Folge der Ratifikation des Fakultativprotokolls zur Antifolterkonvention der Vereinten Nationen gegründet worden ist. Dieses Protokoll verpflichtet alle Mitgliedstaaten dazu, eine solche nationale Stelle einzurichten. Sie hat die Aufgabe, regelmäßig Orte der Freiheitsentziehung aufzusuchen, auf Missstände aufmerksam zu machen und Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten. Für das Berichtsjahr 2025 liegen die Schwerpunkte des Berichts auf der psychiatrischen Versorgung im Justizvollzug und auf dem Monitoring von Asylgrenzverfahren, insbesondere in Vorbereitung auf die unabhängige Überwachung im Rahmen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Die von der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter ausgesprochenen Empfehlungen und erarbeiteten Standards sind eine wichtige Orientierung für die Praxis, aber auch für die Gesetzgebung und die Rechtsprechung. Der Jahresbericht wird hier abrufbar sein.

Mehr Infos: <https://www.nationale-stelle.de/publikationen.html>

